

Antrag D003: Für ein Europa der Zukunft – sozial, demokratisch und gerecht!

Antragsteller*in:	DGB-Bezirk Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Soziales Europa und faire Globalisierung

1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften machen sich auf europäischer, nationaler,
2 regionaler und interregionaler Ebene für ein soziales, demokratisches und gerechtes
3 Europa stark. Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer*innen mit einer Stimme
4 und setzen sich für bessere Arbeitsbedingungen und eine hohe soziale Absicherung für
5 alle Beschäftigten in Europa ein.

6 In den Grenzräumen sind starke interregionale Gewerkschaftsräte die Garanten für eine
7 ausgewogene Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt. Sie setzen sich
8 grenzüberschreitend für die Verbesserung und Durchsetzung von Arbeitnehmer*innen- und
9 Gewerkschaftsrechten ein, kämpfen für die Gleichbehandlung von grenzüberschreitend
10 tätigen Beschäftigten und treten der Beschränkung von Freizügigkeitsrechten
11 entschieden entgegen.

12 **Zusammenhalt in Europa und in den Grenzräumen stärken**

13 Der DGB wird für eine Stärkung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts in
14 Europa und in den Grenzräumen in die Offensive gehen. Das Versprechen der EU,
15 gleichwertige Lebensverhältnisse in der EU herzustellen, ist noch nicht erfüllt.

16 Durch den Strukturwandel dürfen sich die bestehenden Unterschiede zwischen den
17 Regionen nicht weiter verschärfen und keine neuen Gefälle entstehen. Europa muss
18 Garant für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit werden.

19 Konkret wird sich der DGB einsetzen

- 20 • für gleichwertige Lebensverhältnisse in der EU und in den Grenzräumen. Es dürfen
21 keine Regionen abgehängt werden. Der Zugang zu funktionierenden Systemen der
22 sozialen Sicherung, gerechten Renten, bezahlbarem Wohnen und existenzsichernden
23 Sozialleistungen muss für alle garantiert werden. Die Säule sozialer Rechte muss
24 konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört die Einführung von Regeln für
25 angemessene Mindesteinkommen und Mindeststandards in der
26 Arbeitslosenversicherung.
- 27 • für Zukunftsinvestitionen insbesondere zur Gestaltung des Strukturwandels, der
28 Digitalisierung und zur Förderung der Aus- und Weiterbildung. Notwendig sind
29 starke Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bei der Veränderung der
30 Arbeitswelt und eine Offensive zur Aus- und Weiterbildung im Kontext von
31 Digitalisierung und Automatisierung in allen Branchen. Dies muss ein Schwerpunkt

32 der EU-Förderung sein.

- 33 • für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, die gute und bezahlbare
34 Dienstleistungen für alle bietet. Die Versorgung mit öffentlichen
35 Dienstleistungen muss sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Räumen
36 qualitativ hochwertig zur Verfügung stehen und gut erreichbar sein. Öffentliche
37 Dienstleistungen in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Verkehr, Bildung etc.,
38 müssen an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein und nicht durch
39 Privatisierung der Gewinnmaximierung ausgeliefert werden.

40 Im Grenzraum wird sich der DGB für eine ausgewogene Entwicklung der gemeinsamen
41 Lebens-, Arbeits-, Bildungs- und Sozialräume stark machen und die
42 grenzüberschreitende Gestaltung des Strukturwandels, der Digitalisierung und der Aus-
43 und Weiterbildung vorantreiben. Weiter wird sich der DGB für den Ausbau von
44 öffentlichen Dienstleistungen und wo sinnvoll für die Entwicklung
45 grenzüberschreitender Versorgung einsetzen.

46 **Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Europa und in den Grenzräumen** 47 **durchsetzen**

48 Der DGB wird sich für starke Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechte einsetzen
49 und gegen Union Busting in die Offensive gehen. Er wird sich gemeinsam mit den
50 Mitgliedsgewerkschaften für einen besseren Schutz von Betriebsräten in Deutschland
51 einsetzen und die Partnergewerkschaften in Europa bei der Durchsetzung ihrer
52 betrieblichen Mitbestimmungsrechte unterstützen. Die Tarifautonomie und
53 Sozialpartnerschaft werden wir gegen Eingriffe verteidigen, dem europaweiten
54 Lohndumping werden wir starke Tarifsysteme entgegenstellen.

55 Konkret wird sich der DGB dafür einsetzen,

- 56 • dass die Tarifautonomie und Mitbestimmung auf europäischer, nationaler und
57 regionaler Ebene gestärkt werden. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft müssen
58 durch alle Institutionen und Mitgliedsstaaten sichergestellt und die
59 Mitbestimmung als soziales Grundrecht gestärkt werden.
- 60 • den Vorrang sozialer Grundrechte vor wirtschaftlichen Freiheiten mit einer
61 Fortschrittsklausel verbindlich zu machen und zur besseren Berücksichtigung der
62 Rechte von Beschäftigten und sozialen Belangen eine Fachkammer für Arbeits- und
63 Sozialrecht beim Europäischen Gerichtshof zu schaffen.
- 64 • die grenzüberschreitende sektorale Zusammenarbeit und die Durchsetzung von
65 Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechten in Europa, in den Grenzräumen und
66 entlang von Wertschöpfungs- und Lieferketten zu stärken.

67 Im Grenzraum wird der DGB gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und
68 Partnergewerkschaften der Nachbarländer für die Verbesserung der betrieblichen
69 Mitbestimmung sowie die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte auch in
70 grenzüberschreitenden Konstellationen aktiv. Der DGB wird die Partnergewerkschaften
71 in den Interregionalen Gewerkschaftsräten bei der Durchsetzung von

72 Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechten, insbesondere bei Tochterunternehmen
73 oder entlang von Wertschöpfungs- und Lieferketten, unterstützen.

74 **Gemeinsamen Arbeitsmarkt in Europa und in den Grenzräumen fair gestalten**

75 Der DGB wird sich für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt mit guten Arbeits- und
76 Entlohnungsbedingungen in ganz Europa stark machen. Er wird prekäre Beschäftigung in
77 Form von Werkverträgen, Niedriglöhnen, Scheinselbständigkeit bekämpfen und für
78 armutsfeste Mindestlöhne in den EU-Mitgliedsstaaten eintreten. Gute Arbeit und gute
79 tarifgebundene Entlohnung sollen zum Markenzeichen der EU werden. Weiter wird sich
80 der DGB für einen stärkeren Schutz von mobilen Beschäftigten vor Ungleichbehandlung
81 und Ausbeutung einsetzen.

82 Konkret wird sich der DGB dafür einsetzen:

- 83 • Gute Arbeit für alle Beschäftigten durchzusetzen und die Ungleichbehandlung von
84 mobilen Beschäftigten zu verhindern. Dazu gehören die Bekämpfung von prekärer
85 Beschäftigung, die Erhöhung der Tarifbindung und die Einführung armutsfester
86 Mindestlöhne als unterste Haltelinie in den EU-Mitgliedsstaaten. Das Prinzip
87 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss für alle Beschäftigten
88 unabhängig von der Nationalität oder des Geschlechts in allen Branchen gelten.
- 89 • negative Auswirkungen von Gesetzesvorhaben oder Gesetzesnovellierungen auf die
90 Rechte von mobilen Beschäftigten und Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu
91 verhindern und alle Formen der Benachteiligung mobiler Beschäftigter
92 zurückzuweisen. Weiter wird sich der DGB für einen Ausbau der Kontrollen zur
93 Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards einsetzen und auf eine
94 durchsetzungsstarke Europäische Arbeitsbehörde (ELA) hinwirken.
- 95 • die öffentlich finanzierten mehrsprachigen Beratungsstrukturen für mobile
96 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubauen und insbesondere die bestehenden
97 Strukturen in den Bundesländern und Grenzräumen zu stärken.

98 In den Grenzräumen wird sich der DGB für die Gleichbehandlung von mobilen
99 Beschäftigten und insbesondere für die Einhaltung der Rechte von Grenzgängerinnen und
100 Grenzgängern einsetzen. Er wird gegen negative Auswirkungen der Gesetzgebung auf
101 Bundes- und Landesebene vorgehen. Weiter wird er sich für die Stärkung und den Ausbau
102 von Beratungsstrukturen für mobile Beschäftigte vor Ort einsetzen und die Beratung mit
103 mehrsprachigen Informationsangeboten unterstützen. Für die Integration der
104 Arbeitsmärkte unter fairen Bedingungen und für die grenzüberschreitende
105 Fachkräfteentwicklung, sind die EURES-Grenzpartnerschaften ein wichtiges Instrument.

106 **Gewerkschaftliche Grundwerte in Europa und in den Grenzräumen verteidigen**

107 Der DGB wird für die gewerkschaftlichen Grundwerte Solidarität, Mitbestimmung,
108 Chancengleichheit und Zusammenhalt in die Offensive gehen. Die Einhaltung der durch
109 die EU garantierten Freiheits- und Freizügigkeitsrechte wird er konsequent
110 einfordern. Nationalistischen und europafeindlichen Positionen wird er entschieden
111 entgegenzutreten.

112 Konkret wird der DGB aufgefordert

- 113 • offensiv gegen Grenzsicherungen und die Einschränkung des Rechts auf
114 Freizügigkeit von Beschäftigten vorzugehen. Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten,
115 die den europäischen Werten nicht entsprechen und negative Auswirkungen auf die
116 Grenzübereiche haben, müssen konsequent abgelehnt und verhindert werden.
- 117 • die Mitbestimmung bei Entscheidungen auf europäischer, nationaler und regionaler
118 Ebene auszubauen und sich noch stärker einzumischen. Dafür ist eine stärkere
119 Kooperation zwischen den Ebenen im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften
120 notwendig.
- 121 • Rechtsextremismus, Nationalismus und Europafeindlichkeit sowie jeglicher Form
122 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten und die
123 gewerkschaftlichen Grundwerte wie Solidarität, Zusammenhalt und Gleichbehandlung
124 offensiv und hörbar zu vertreten.

125 Im Grenzübereich wird sich der DGB für offene Grenzen und für das Recht auf Freizügigkeit
126 einsetzen und die Vorteile der Europäischen Union offensiv herausstellen. Die
127 Interregionalen Gewerkschaftsräte sind ein relevanter Akteur in den Grenzübereichen. Wo
128 die Beteiligung der Gewerkschaften im Grenzübereich noch nicht ausreichend von den
129 Entscheidungsträgern berücksichtigt wird, wird sich der DGB für stärkere
130 Mitsprachemöglichkeiten einsetzen. Angriffen auf ein freies, gleiches und gerechtes
131 Europa wird der DGB entschieden entgegenzutreten und Rechtsextremismus, Nationalismus
132 und Europafeindlichkeit sowie jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
133 vor Ort bekämpfen.